

BIG Kommunalwahlprogramm Wiesbaden 2021

„Wie kann es sein, dass Politik, Stadtplanung, Bauherren und Grünordnungsamt gerade bundesweit das Stadtgrün vernichten, wo doch eine grüne Infrastruktur aus Parks, Biotopen und Freiflächen weltweit als Merkmal einer zukunftsfähigen und lebenswerten Stadt ausgerufen wird?“, sagte Wolfgang W. Weisser, Professor für terrestrische Ökologie an der TU München. Blicken wir nun auf die Intransparenz der amtierenden Politiker und ihren Prestigeprojekten, verkleidet als Geschenk für die Umwelt und Gesellschaft, stellen wir fest, dass sie die überhebliche und perfide Ansicht vertreten: „Land und Leute gehören mir; ich will's machen wie es mir gefällt“. Wie arrogant und ignorant doch diese Haltung ist.

Doch wir, als Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit, widersetzen uns dieser „Hinterzimmer-Politik“ und sagen mit Stolz „Wir sind für Land und Leute da, und nicht umgekehrt, wir machen es, wie es Ihnen nützlich und gut ist“, in dem wir die Bevölkerung aktiv in die Politik mit einbinden durch Volksentscheide.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Kinder & Bildung	2 - 4
2. Jugend, Kultur & Sport	5 - 6
3. Familie	7 - 7
4. Umwelt & Gesundheit	7 - 10
5. Soziale Sicherheit & Armutsbekämpfung	10 - 11
6. Antirassismus, Antidiskriminierung & Sicherheit	11 - 11
7. Unsere Senioren	13 - 14
8. Vielfalt, Migration & Teilhabe	15 - 15
9. Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Finanzen	16 - 16
10. Digitalisierung, Forschung, Technologie & Innovation	17 - 17

1. Kinder & Bildung

Der größte Konflikt, den wir alle erleben ist nicht nur zwischen Klassen und Ländern, sondern auch zwischen den Generationen. Und niemals wie zuvor, ist heute der Generationsvertrag sehr brüchig. Wir alle steuern auf das hohe Alter zu und nur die junge Generation vermag uns auf ihre Schultern zu tragen.

Daher sollten wir unseren Kindern, den starken Frauen und Männern von morgen, neben der besten Bildung eine gesunde Umwelt vermachen, indem wir nicht nur alle bereits vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen, sondern dort welche finden, wo uns heute nichts erscheint. Vor allem ist Bildung ein Schlüssel zur Zukunft und bringt Licht an einen Ort, wo Dunkelheit herrscht. Und was ist besser als die gleiche Chance auf Bildung zu bekommen, wie jeder andere in dieser Gesellschaft, unabhängig seines Einkommens und seines familiären und/oder kulturellen Hintergrunds?

Denn am Ende sind auch die finanziell Schwächeren ein Glied dieser gesellschaftlichen Kette, und wie jede Kette vermag auch diese nur so stark sein, wie ihr schwächstes Glied.

Es ist heute offensichtlich, dass die Kinder von der aktuellen Politik wie leere und emotionslose Maschinen behandelt werden. Der immer steigende Leistungsdruck auf unsere Kinder zielt darauf ab, im blitzschnellen Tempo neue Steuerzahler zu gewinnen. Besonders hat sich diese niedere Gleichgültigkeit gegenüber der Psyche unserer Kinder und Jugendliche in der Corona Pandemie herauskristallisiert. Unsere Kinder sollten im Interesse der Politik und der Wirtschaft sein!

Darum sollten Bedürfnisse der Kinder an oberster Stelle stehen und der unbeliebte Name der Schule gebessert werden, indem wir sie zu einem Ort umgestalten, wo sich die Kinder noch wohler fühlen als bei sich zuhause.

Daher fordern wir umgehend:

1. Erst durch die Corona-Krise hat sich die Benachteiligung finanziell schwächerer Familien im deutschen Schulsystem herauskristallisiert. **Kostenlose Nutzung und Bereitstellung digitaler Endgeräte** soll für alle Schüler und Studenten ermöglicht werden. Dies soll vor allem Kindern, Jugendlichen und Studenten aus sozial schwachen Verhältnissen die Teilhabe am Unterricht und Vorlesungen ermöglichen.
2. Zur optimalen Nutzung der **IT-Infrastruktur** fordern wir die Investition in die **Modernisierung** dieses Bereiches, für ein noch schnelleres, sicheres und vor allem stabileres Netzwerk. Warum hinken wir immer noch anderen EU-Staaten in diesem Bereich hinterher, wenn wir doch eigentlich die Spitze anführen könnten?
3. Viele Kinder mit Vielfalt scheitern und enden am Rande dieser Gesellschaft durch das Schulsystem, das ihnen nicht die Aufmerksamkeit gibt, wie es zum Beispiel

„normalen“ Kindern geschenkt wird. Schülerinnen und Schüler mit geringen Sprach- und/oder Deutschkenntnissen müssen wirksam unterstützt werden, sodass sie ihr schulisches Potenzial in vollem Maße entfalten können. Hierfür können **digitale Sprachlehr-angebote** über Software und Ferncoaching denkbar sein.

4. Die **Förderung von Inklusion** an Schulen und Erziehungseinrichtungen durch die gezielte Qualifizierung von ErzieherInnen und LehrerInnen.
5. **Mehr Lehrer und kleinere Klassen.** Weniger Schüler in einer Klasse tragen dazu bei, eine familiäre Atmosphäre zu schaffen, wo es eben nicht zur Benachteiligung vieler Schüler kommt, wie etwa in der Notenvergabe. Hierfür muss aktiv die Möglichkeit des Quereinstiegs beworben und ermöglicht werden. Insbesondere Flüchtlinge haben oft einen akademischen Abschluss renommierter Universitäten und können mit einer gezielten Umschulung auf den Lehrdienst vorbereitet werden. Man würde somit nicht nur Steuerzahler dazu gewinnen, sondern auch die bisher gescheiterte Integrationspolitik würde einen gewaltigen Schritt nach vorne machen.
6. Studien belegen, dass über 60 Prozent der Lebensmittelabfälle in den Privathaushalten anfallen, so müssen wir Kurse der **Ernährungsbildung** an Schulen anbieten, um so die Kinder und Jugendliche in frühen Jahren zu einem pflichtbewussten Leben heranzuziehen. Auch sollten Kurse zum Verständnis und zur Förderung des sozialen Lebens an Schulen angeboten werden.
7. **Schulen der Vielfalt** schaffen, um die Separierung und Segregation der Schülerinnen und Schüler oder sogar der Entstehung einer Parallelgesellschaft in naher Zukunft zu verhindern.
8. **Ausbau von Kindertagesstätten- und OGS** (Offene Ganztagschulen)-Plätze müssen je nach Bedarf in den entsprechenden Stadtteilen ausgebaut werden. Kein Kind soll benachteiligt werden. Wir wollen gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Kinder ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Armut, Behinderung und Herkunft dürfen für kein Kind ein Hindernis für eine qualitative Betreuung darstellen. Dementsprechend muss auch die personelle Ausstattung vorangehen.
9. **Gesunde Kinder brauchen eine ausgewogene Ernährung:** Wir fordern eine finanzielle Entlastung einkommensschwacher Familien, präventive Gesundheitsuntersuchungen und Ernährungsberatung für ihre Kinder.
10. Einrichtung, Erhalt und Ausbau des **herkunftssprachlichen Unterrichts**, sowie die Einrichtung von multilingualen Schulen
11. **In Zeiten des Leistungsdrucks fordern wir eine Rundumbetreuung in der Schule:** Jede Klasse bekommt einen Schulassistenten, der die Lehrkraft unterstützt. Jede Schule stellt Schulpsychologen, -Pädagogen, -Sozialarbeiter ein. Die Sozialarbeiter oder die Lehrkräfte besuchen jeden Schüler einmal im Jahr zu Hause,

um sich ein Bild vom sozialen Umstand des Schülers zu machen.

- 12.** Nicht nur die meisten Toiletten an öffentlichen Schulen lassen sehr viel zu wünschen übrig, auch Turnhallen und Klassenräume, sowie die digitale Infrastruktur im Allgemeinen. Warum sollten wir genau an Bildungseinrichtungen Geld sparen? Daher fordern wir eine **großflächige Sanierung und Modernisierung der Wiesbadener Schulen.**
- 13. Behinderung ist kein Hindernis:** Für Kinder mit einer Behinderung müssen integrative Plätze in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es der Förderung aller Träger, insbesondere der Elterninitiativen.
- 14. Eine gute Sprache ist Voraussetzung für eine gute Kommunikation:** Wir befürworten die frühkindliche Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr. Diese muss in Kindertagesstätten und Familienzentren ausgebaut und intensiviert werden. Insbesondere in sozialen Brennpunkten muss die personelle Ausstattung ausgebaut und entsprechende Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen angeboten werden.
- 15. Kein Kind darf Gewalt erfahren:** Sei es in der Familie, in der Gesellschaft oder in Einrichtungen. Zur Gewalt gehört neben der körperlichen Gewalt auch die verbale Diskriminierung. Insbesondere müssen Kinder mit Behinderung, Lernschwäche oder anderer Herkunft sowie Scheidungskinder vor Diskriminierung geschützt werden. Hierzu fordern wir eine Anlaufstelle für Betroffene.
- 16. Bildungsdiskriminierung abschaffen:** Gerecht ist, wenn alle Kinder und Jugendliche gleiche Chancen in unserem Bildungssystem haben. Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland benachteiligt laut eines UNO-Berichts Arme, Migrantenkinder und Behinderte. Deshalb plädieren wir für die Einführung von Gemeinschaftsschulen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Es ist für Kinder und Jugendliche von großem Nutzen, wenn sie alle länger gemeinsam und voneinander lernen. Denn so können sie ihre individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen optimal entwickeln. Aus diesem Grund befürworten wir das Modell der Ganztagschule.
- 17. Stärkere Orientierung an dem Erfolgsmodell bildungsstarker Länder:** Die Schule besitzt die Aufgabe der Inhaltsvermittlung. Eine gute Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie eng mit den Familien zusammenarbeitet. Die Schülerinnen und Schüler können nur dann optimal gefördert werden, wenn die Institution Schule, die Familie und die außerschulischen Träger miteinander kooperieren.
- 18. Interkulturelle Sensibilität in der Schule:** Ausbildung der Lehrkräfte und Einstellung zusätzlicher Fachkräfte, die in einem engen Verhältnis zu den Familien stehen und in der Schule für die Sensibilität im Umgang mit verschiedenen Kulturen sorgen.

2. Jugend, Kultur & Sport

Und wie stärken wir eigentlich die Bindung dieser gesellschaftlichen Kette besser als durch das Fördern von Sport und Kultur?

Denn nur durch eine gemeinsame kulturelle Identität mit der Stadt Wiesbaden, die so facettenreich und bunt ist, schaffen wir es, unsere gesellschaftliche Bindung auf ein derartiges Maximum zu steigern, sodass unsere bunte und vielfältige Kette felsenfest jedem Schlag von feigem Hass standhält.

Vor allem die Corona-Pandemie hat unser soziales Leben - einem wichtigen Bedürfnis des Menschen - stark auseinander gerissen. Um zu schätzen, wie wertvoll doch eigentlich dieses Gut war, wollen wir nicht nur nach der Pandemie Jugendzentren und Vereine wiedereröffnen, sondern in diesem Sektor verstärkt investieren und ausbauen.

Daher fordern wir für Jugendliche:

- 1. Freie Räume für freie Zeiten:** Jugendliche brauchen Freiräume zur Gestaltung ihrer Freizeit und ihrer Zukunft. Daher fordern wir die Gründung weiterer **Jugendzentren**, als Anlaufstelle zur Orientierung und Perspektivenplanung. Durch das gemeinsame Spielen und dem daraus entstehenden **persönlich-sozialen Kontakt** im Jugendzentrum, wird nicht nur ein wesentliches Grundbedürfnis unserer Kinder und Jugendliche befriedigt, sondern auch die Bindung unserer Gesellschaft verstärkt. Stadtteilbezogen müssen einige Jugendzentren je nach Bedarf der Jugendlichen konzeptionell und personell ausgebaut werden. Insbesondere in den Stadtteilen, in denen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund leben, ist es wichtig, qualifiziertes Personal mit interkultureller Kompetenz, oder noch besser mit Migrationshintergrund, einzustellen. Qualifikationsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, sowie Bewerbungstrainings müssen in Jugendzentren zum Standardprogramm gehören. Darüber hinaus sollten Aufklärung und Hilfe in bürokratischen Angelegenheiten angeboten werden, um jungen Menschen den **Einstieg in das Arbeitsleben am komfortabelsten zu gestalten**. Nicht zu vergessen ist natürlich auch der Punkt, dass wir in einem demokratischen System leben, das nur durch unsere Partizipation und unser Engagement existieren kann. So sollten in **Jugendzentren zunehmend politische Inhalte veranschaulicht und erläutert werden**, um die Politik nicht nur wieder angesagt zu machen für die Jugend, sondern sie auch aufzuklären und somit zu schützen vor dem Angriff populistischer und rechtsextremer Parteien wie der AFD und NPD.
- 2.** Unter dieser Prämisse sollten **Vereine und Kultureinrichtungen**, die einen großen Beitrag zur politischen Bildung leisten, **finanziell unterstützt** werden, da diese wiederum eine starke Stütze unseres demokratischen Systems bilden. Denn die politische Bildung oder zumindest das Veranschaulichen bestimmter politischer Inhalte macht nicht nur die Politik wieder angesagt bei den Jungen, sondern fördert

die Aufklärung und Integration von Menschen mit Vielfalt und verhindert das Entstehen von Parallelgesellschaften.

3. Der **Erhalt und Ausbau von Sportangeboten und -plätzen, sowie Kultureinrichtungen**. Solche Orte stellen eine ausgezeichnete Begegnungsstätte für Jugendliche verschiedenen sozialen, ethnischen und kulturellen Hintergründen dar, in welcher das gegenseitige Kennenlernen ermöglicht und Freundschaften innerhalb der Wiesbadener Bevölkerung gestärkt werden.
4. **Bolzplätze und Skateplätze** stehen größtenteils leer, und das auch ohne Corona, da sie mangelhaft gepflegt werden. Eine **Investition in die Sanierung** und Pflege würde diese wieder **beispielbar machen und viele Kinder und Jugendliche anziehen**.
5. **Kunstrasenplätze** für alle Sportplätze. Vor allem der Fußball als traditionell deutscher Kultursport muss so regional für alle zugänglich und attraktiv gemacht werden.
6. Zur Förderung der kulturellen Vielfalt und Weiterentwicklung befürworten wir die **Förderung einer lebendigen Kleinkunst- und Jugendkulturszene**.
7. Zur finanziellen Entlastung von Jugendlichen beim Bestreben einer beruflichen oder akademischen Weiterbildung fordern wir die **Anpassung der Studiengebühren** an die jeweilige wirtschaftliche Situation der Jugendlichen.
8. **Gewalt ist out, Frieden ist in**: Diskriminierungen, Ungleichbehandlungen sowie Chancenungerechtigkeiten und -ungleichheiten führen zunehmend zu sozialen Problemen bei Jugendlichen. Daher ist es wichtig, durch fachlich qualifizierte Gespräche mit ihnen den Ursachen auf den Grund zu gehen und Missstände möglichst zu beseitigen. Durch Gemeinschaftsprojekte mit der Wiesbadener Polizei und geschulten Pädagogen müssen in Jugendzentren und Schulen Jugendliche präventiv über Gewalt, Drogen und Kriminalität aufgeklärt werden. Auch häusliche Gewalt muss ein Gehör finden. Jugendliche brauchen sichere Anlaufstellen, um dort adäquat betreut zu werden.
9. **Den Jugendlichen Verantwortung übertragen**: Jugendliche können durch ehrenamtliches Engagement zur Verbesserung gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Diese müssen mit entsprechenden Projekten gefördert werden. Beispiele sind: Umweltpflege, Essensausgabe für Obdachlose, Seniorenbetreuung, z.B. beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik etc.

3. Familie

Die Familie steht unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern. Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Dies sind Sätze aus dem Deutschen Grundgesetz, welche wir fördern und fordern. Durch den Zerfall traditioneller Familienstrukturen muss der Staat immer mehr Hilfestellung anbieten. Zudem fordert die Berufswelt immer mehr Flexibilität von den Eltern. Daher ist es wichtig, dass die Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gestärkt werden. Erziehung der Kinder, Wertevermittlung sowie Pflege von Angehörigen müssen belohnt werden.

- 1. Familie als Stütze der Gesellschaft:** Eine Familie zu gründen, muss sich trotz Beruf und Wirtschaftskrise wieder lohnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen am Arbeitsplatz oder Heimarbeitsplätzen sowie flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigungen stark gefördert werden. Die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten darf bei den Betroffenen nicht zu Karrierenachteilen führen.
- 2. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie** durch familienfreundliche Arbeitszeiten und bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Teilzeit in Führungspositionen, sowie die Möglichkeiten für Home-Office ausbauen
- 3. Familien brauchen auch mal Coaching:** Finanziell benachteiligte Familien mit Kindern sollten bei Bedarf Beratungsangebote zur Kindererziehung, Familienmanagement sowie gesunde Ernährung in Anspruch nehmen können. Bei persönlichen, familiären und beruflichen Krisen sowie bei Schulschwierigkeiten ihrer Kinder brauchen Familien Anlaufstellen, bei denen sie individuell beraten werden können.

4. Umwelt & Gesundheit

Eine gesunde Gesellschaft und eine ebenfalls gesunde Umwelt sind zwei Seiten derselben Münze. Jede politische Entscheidung, die getroffen wird, sollte unter der Prämisse des Umweltschutzes getroffen werden. Wir sollten nicht vergessen, dass der Mensch Statthalter auf unserem grünen Planeten ist und seiner Aufgabe erst dann gerecht wird, wenn er seine Umwelt über alles Weltliche stellt. Es ist sehr traurig, wenn wir das Augenmerk auf den bereits ausgerufenen Klimanotstand in Wiesbaden lenken und schnell feststellen, dass die Umwelt trotz diesen Klimanotstandes von den meisten Politikern im Stich gelassen wird. Besonders lässt uns die Tatsache in Wut entbrennen, dass selbst Parteien wie die Grünen, die sich als scheinbare „Umwertpartei“ ausgeben, eben diese Umweltbelastung befürworten, wie zum Beispiel durch den Ausbau der A49.

Daher fordern wir:

1. Eine **unabhängige Umweltinstitution** für die Stadt Wiesbaden, die sich aktiv in der Stadtverwaltung einbringen und positionieren kann. Vor allem begrüßen wir die Bewegung Fridays for Future sehr, da junge Erwachsene bereits in jungem Alter ein edles Ziel verfolgen und vor allem das demokratische Leben in Wiesbaden unterstützen.
2. **Finger weg vom Projekt Ostfeld/Kalkhofen!** Durch das geplante Gewerbegebiet, werden Frischluftschneisen abgeriegelt und die Luft rund um Igstadt, Erbenheim und Teilen der Innenstadt kann nicht abfließen. Dies führt zur unausweichlichen Folge, dass die Temperatur in Wiesbaden sich erwärmt und der ohnehin schon beeinträchtigten Umwelt noch übler nachsetzt.
3. Unsere Stadt heißt **Wies-baden** und diesen Ruf sollten wir mit aller Kraft wahren, indem wir unsere Parks und Wiesen sauber und familienfreundlich halten. Sie sollten zu **Alkoholverbots- und Rauchverbotszonen** gemacht werden. Vor allem lässt der Kurpark, der Luisenplatz und der Platz der deutschen Einheit viel zu wünschen übrig.
4. **Rettet unser Grundwasser!** Durch die Bau- und Erschließungs-Maßnahmen am Ostfeld/Kalkhofen wird unser Grundwasser beeinträchtigt oder sogar vernichtet.
5. **Ostfeld/Kalkhofen ist sehr wichtig für die Entstehung frischer Luft.** Durch das Bauprojekt auf dem Ostfeld/Kalkhofen, das von den großen Parteien unterstützt wird, werden vermehrt Krankheiten wie Asthma, chronische Bronchitis und sogar Krebs bei Bürgern Wiesbadens auftreten. Zudem soll die Temperatur sich in Wiesbaden laut der Klimprax-Studie um 2 Grad erwärmen. Das kann dazu führen, dass nicht nur ganze Ökosysteme zerstört werden, sondern auch die Gesundheit unserer Senioren Schaden erleidet.

Dass Rentner sowieso der jetzigen Politik egal sind, ist nichts Neues. Vor allem die CDU, die sich als christliche Partei aufzeigen möchte, legt ein Armutszeugnis der Nächstenliebe dar. Durch dieses Projekt kann die erhöhte Temperatur im Sommer für ältere und für Menschen mit Herz/Kreislauf-Problemen ernsthafte Folgen bedeuten.

6. Wir fordern den deutlich **starken Ausbau unseres Fahrradnetzes** und sogar die Umwandlung mancher Straßen in reine Fahrradstraßen, um das Radfahren angenehmer und attraktiver in Wiesbaden zu gestalten. Somit wird die Gesundheit unserer Bürger weitestgehend gefördert.
7. **Über 35.000 Dächer** stehen zur Verfügung **für die Herstellung von Solarenergie.** Wir fordern daher die Investition in und den Ausbau von Solarenergie, um so

langfristig die Umwelt zu schützen.

8. Ein großer Teil der noch genießbaren Lebensmittel werden von Supermärkten weggeschmissen. Nicht nur ein großer Teil des Essens, das an Tafeln gespendet werden kann, wird weggeschmissen, sondern auch gewisse Werte der Gesellschaft werden aus dem Fenster geworfen. So sollten wir nicht nur, um an Tafeln das beste Essen anbieten zu können, sondern auch **wichtige Werte an die Jugend und Kinder weitergeben**.
9. Studien belegen, dass über 60 Prozent der Lebensmittelabfälle in den Privathaushalten anfallen, so müssen wir Kurse der **Ernährungsbildung** an Schulen anbieten, um so die Kinder und Jugendliche in frühen Jahren zu einem pflichtbewussten Leben heranzuziehen.
10. Eine Abwrackprämie bzw. eine **finanzielle Unterstützung für Fahrräder und E-Bikes** würde mehr Menschen anregen sich ein Zweirad anzulegen. Somit würden Staus in der Innenstadt verhindert und die Gesundheit unserer Bürger gefördert. Städte wie München und Tübingen haben bereits diese Idee erfolgreich umgesetzt. Worauf warten eigentlich wir noch?
11. Die **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes für umweltorientierte Unternehmen** soll Wiesbaden zum bekanntesten Ort der Welt für Umwelttechnologie machen! So würden natürlich wir als erste davon profitieren.
12. **Kostenlosen Nahverkehr** oder wenigstens eine 360 Euro Fahrkarte für Pendler. Dadurch ist das Pendeln mit dem Nahverkehr deutlich günstiger als mit dem Auto. Leider ist das Fahren mit dem Auto zur Arbeit immer noch günstiger als mit dem Bus. Das müssen wir ändern. Dadurch beheben wir Staus und halten die Luft und somit unsere Gesundheit und die unserer Liebsten fit.

Finanziert wird der kostenlose Nahverkehr durch die **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes**. Dadurch werden zum einen mehr Unternehmen sich in Wiesbaden absetzen und die bereits bestehenden Unternehmen angeregt mehr zu produzieren. So wird wiederum mehr Geld in die Steuerkassen gespült, aus dem wir nicht nur den kostenlosen Nahverkehr finanzieren, sondern international wettbewerbsfähige Unternehmen anlocken. Monheim am Rhein hat bereits diese Idee erfolgreich umgesetzt.

13. Dass an Orten wie der Schwalbacher Straße, der Bleichstraße, Helenenstraße und dem Platz der deutschen Einheit Gewalt, Drogenkonsum vor den Augen der Polizei stattfinden, und Menschen sogar teilweise ihre Notdurft auf offenen Straßen oder auf Toiletten des Elly-Heuss-Gymnasiums verrichten, ist ein Armutszeugnis der Kommunalpolitik in Wiesbaden. Durch Videoüberwachung hat man die Probleme nicht bekämpft. Diese Maßnahme war wiederum nur ein Beweis für die Inkompetenz der etablierten Parteien in Wiesbaden. Wir sollten die Probleme an deren Ursachen

greifen und sie lösen. Es mag sein, dass es ein langwieriger Prozess sein wird, doch soziale und gesellschaftliche Probleme bedürfen einer richtigen und tief sinnigen Politik und nicht einem sinnlosen Beschluss, um die Bürger zu beschwichtigen und anzulügen. Wir fordern daher, den **vermehrten Einsatz von „Streetworkern“** und eine enge Zusammenarbeit mit Trägern, wie der Caritas etc.

Um den Ort wieder familienfreundlicher zu machen, sollten öffentliche Veranstaltungen mit dem dort stationierten Polizeirevier erfolgen, wie etwa „**Tag der offenen Tür**“ etc. Darüber hinaus sollten mehr öffentliche Toiletten an diesem Ort erbaut werden, um die dort ansässigen Bürger vor der Drangsal des Kot- und Uringestanks zu befreien.

14. Im Allgemeinen fordern wir die Erbauung **mehrerer öffentlicher Toiletten** in ganz Wiesbaden und das Angebot von Hygieneartikeln, insbesondere für Damen.

5. Soziale Sicherheit & Armutsbekämpfung

Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) vom 19. Dezember 1966, Artikel 11 Abs. 1 steht:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“

Dieser Pakt wurde am 23. Dezember 1973 von Deutschland ratifiziert. Somit hat sich Deutschland hierzu verpflichtet Maßnahmen durchzusetzen unter anderem bezahlbarem und würdigen Wohnraum zu gewährleisten und einen angemessenen Lebensstandard zu bieten.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

1. Eine effektive Armutsbekämpfung mit einem **kommunalen Programm gegen Armut**. Es sollen einkommensschwache Familien, Rentner und Alleinerziehende gezielt unterstützt werden
2. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Mietwucher zu stoppen, durch **soziale Wohnungsbauprojekte**
3. Zweckgebundene Veräußerung von städtischen Grundstücken zum Bau von **bezahlbarem Wohnraum**

4. Die Erstellung eines **Quartiersmanagementkonzepts**: Mehrgenerationenwohnen, Jung und Alt, Familien und Singles sowie Alleinerziehende, Geringverdiener und Gutverdiener, Menschen mit Vielfalt gemäß der Bevölkerungsstruktur, Menschen mit Behinderung

6. Antidiskriminierung, Antirassismus & Sicherheit

Konkrete Maßnahmen gegen polizeiliche Diskriminierung sind überfällig, forderte nicht zuletzt Amnesty International. Der veröffentlichte zweite Zwischenbericht des Forschungsprojekts "Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen" (KviAPol) der Ruhr-Universität Bochum mit dem Fokus "Rassismus und Polizei" unterstreicht den Handlungsbedarf gegen diskriminierendes Vorgehen bei der Polizei.

"Die Ergebnisse des Zwischenberichts belegen die Notwendigkeit verpflichtender Antirassismus-Trainings", sagt Dr. Maria Scharlau, Polizeiexpertin bei Amnesty International in Deutschland. Die Erfahrungsberichte Betroffener und die mit der Polizei geführten Interviews zeigen, dass Polizistinnen und Polizisten das eigene Verhalten häufig für diskriminierungsfrei halten, während sich People of Colour durch dieses Verhalten rassistisch behandelt fühlen.

"Es fehlt eine Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus, also mit Handlungsmustern der Organisation Polizei. Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen oder um den Vorwurf des individuellen bewussten Rassismus, sondern darum, Verantwortung zu übernehmen. Eine entsprechende Kompetenzvermittlung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung schützt Polizisten und Polizistinnen auch davor, unbewusst rassistisch zu handeln und sich dem als sehr belastend empfundenen Vorwurf des Rassismus auszusetzen", so Scharlau.

Wir fordern eine bessere polizeiliche Fehlerkultur und eine kritische Auseinandersetzung der Polizei mit ihren Ermittlungsmethoden und Kontrollpraktiken. Der Zwischenbericht des Forschungsprojekts KviAPol zeigt eindrücklich, dass diskriminierendes Kontrollverhalten gegenüber People of Colour regelmäßig mit dem "Erfahrungswissen" der Polizei legitimiert wird. "Der Zwischenbericht veranschaulicht einen Zirkelschluss: Eine vorurteilsgeleitete Kontrollpraxis, etwa durch die Eingrenzung auf bestimmte Personengruppen, wird immer nur 'Treffer' in diesen ausgewählten Gruppen hervorbringen, die dann wiederum zu Erfahrungswissen werden", so Scharlau.

Nach dem Bericht der Forschenden der Ruhr-Uni Bochum führen insbesondere verdachtsunabhängige Kontrollen zu polizeilicher Diskriminierung (Racial Profiling) und in der Folge immer wieder auch zu rechtswidriger Gewalt. Aufgrund dieses erneuten Belegs erinnert Amnesty an ihre langjährige Forderung, Rechtsgrundlagen für verdachtsunabhängige Kontrollen kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen. Dies gilt insbesondere für die Abschaffung sogenannter Gefahrenorte, in denen ohne Verdacht Kontrollen möglich sind.

Schließlich gibt der neue Zwischenbericht einen guten Überblick über die aktuelle Studienlage zum Thema Rassismus und Polizei und macht deutlich, dass es an aktuellen wissenschaftlichen Erhebungen zu rassistischen Einstellungen in der Polizei fehlt.

Daher fordern wir:

- 1.** Ein **kommunales Antidiskriminierungsbüro** in allen Stadtbezirken einzurichten: Jedweder Diskriminierung und dem Rassismus muss aktiv und konsequent entgegengewirkt werden. Hierfür benötigen unsere Bürgerinnen und Bürger eine Anlaufstelle.
- 2. Mehr Sicherheit** für unsere Wiesbadener. Wir fordern **Präventionsmaßnahmen** und **Schutz** für religiöse Einrichtungen, Geschäfte, Gastronomie, Schulen und Wohngebiete vor Rassismus, Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Deutschenfeindlichkeit. Ein Attentat, wie in Hanau oder Halle, soll so verhindert werden.
- 3.** Ein Maßnahmenplan zur **Minderung von Diskriminierungen** auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.
- 4. Mehr Sicherheit in Hotspots**, wo im erhöhten Maße kriminelle Aktivitäten stattfinden, wie etwa der Bleichstraße, dem Platz der deutschen Einheit, dem Kurpark etc.. Dem kann beispielweise durch eine starke Ausleuchtung dieser Hotspots entgegengewirkt werden. Wir sehen die Überwachung durch Kameras als letztes Mittel, daher müssen alternative Maßnahmen vorher eruiert werden.
- 5.** Es ist sehr tragisch, dass die schönsten Orte in Wiesbaden, die noch dazu eine gewisse Symbolik innehalten wie etwa die Bereiche um das Kurhaus, das Theater, der Schlosspark, der Luisenplatz etc. zu Aufenthaltsorten des Drogen- und Alkoholkonsums umgewandelt werden. Darunter leiden nicht nur wir Bürger, sondern auch unser Ruf als Kurstadt auf der ganzen Welt. Wir sollten daher den offenen Konsum von Alkohol und Drogen im unmittelbaren Kurhaus- oder Theaterbereich verbieten. Wir brauchen die ständige Präsenz von Polizei, Ordnungskräften oder Security vor, während und nach Veranstaltungen im Theater oder Kurhaus. Es müssen Verhaltensregeln für den Kurpark, das Kurhaus, das Theater und für sonstige schützenswerte Einrichtungen erstellt, kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden. Es müssen viel mehr Abfallkörbe oder -tonnen aufgestellt und auch am Wochenende geleert werden, zudem sollten mehr öffentliche Grillflächen ausgewiesen werden.

7. Unsere Senioren

Senioren sind ein wesentlicher und ständig wachsender Teil unserer Gesellschaft.

Ein wesentliches Bedürfnis des Menschen ist der soziale Kontakt und das ist nicht minder als bei unseren Senioren, auch wenn sie nicht von der aktuellen Politik unbedingt menschlich behandelt werden. Besonders die Corona-Krise hat nun dem sozialen Leben unserer Bürger nachgesetzt. Am schlimmsten wurden unsere Senioren erwischt.

Wir fordern den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Pflege- und Altersheimen. Auch wenn ein WLAN -bzw. Internetzugang meist kein Bestandteil eines Pflegevertrages ist, muss der Betreiber einer stationären Pflegeeinrichtung nach dem Hessischen Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) die Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Teilhabe am Leben unterstützen. Dazu gehört auch der Kontakt zu Freunden und Verwandten.

Obwohl das seelische Wohlbefinden unserer Senioren uns am Herzen liegt, lässt die aktuelle Situation ein persönliches Treffen nicht zu. Das heißt aber nicht, dass wir tatenlos wie die etablierten Parteien herumsitzen und für sie nichts tun - Nein im Gegenteil! Durch die Internetnutzung und der Bereitstellung eines Laptops oder Computers an einem zentralen Ort im Pflegeheim kann man so etwa ein digitales Treffen mit der Familie vereinbaren und das menschliche Bedürfnis unserer Senioren nach mehr Nähe befriedigen.

Sie haben eine große Berufs- und Lebenserfahrung und in der Regel eine hohe soziale Kompetenz. Daher muss es ein Schwerpunkt der Wiesbadener Politik sein, das große und vielfältige Potential der älteren Generation selbstbestimmt für die soziale Entwicklung unserer Stadt zu nutzen. Dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Senioren selbst.

Daher fordern wir:

- 1. Senioren sind fit:** Die Potenziale von Senioren, auch in hohem Alter für sich und andere aktiv zu sein, sind hoch. Meist sind sie motiviert und bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. In Zusammenarbeit mit entsprechenden Akteuren aus diversen Fachbereichen und bereitwilligen Senioren sollte ein Gesamtkonzept und verschiedene Projekte für die Stadt Wiesbaden entwickelt werden. Zum Beispiel könnte man den **Einsatz von Senioren in Ganztagschulen** unbürokratisch fördern. Sie können Schülern Nachhilfe erteilen, **Hausaufgaben betreuen** sowie selbst von Schülern z.B. den Umgang mit dem Computer etc. erlernen.

- 2. Fortbildung kennt kein Alter:** Politik muss Senioren einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen und vielfältigen Lernangeboten ermöglichen, damit dem Wunsch der Senioren nach lebenslangem Lernen Rechnung getragen wird. Ein attraktives, förderungswürdiges Lernangebot ist die Fortbildung „Geragogik = Lernen im Alter“. Themen hierbei sind z.B.: Bildung im Alter, Lebensweisen und Kompetenzen im Alter, Partizipation im Alter, Biografiearbeit, Frauenbildung im Alter, intergenerationelles Lernen, Internet. Seniorenbegegnungsstätten mit breitem Beratungsspektrum müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

- 3. Gerechte Wohn- und Pflegeformen für Senioren:** Senioren sollten in familienpolitische Konzepte eingebunden werden. Hierzu sind auch wohnpolitische Maßnahmen, wie die Förderung und der Ausbau von integrativen Mehrgenerationenhäusern und betreuten Wohnprojekten, notwendig. Solche Projekte bringen das solidarische Miteinander und den Dialog der Generationen voran. Auch dem Bedarf älterer Migranten muss die Kommune gerecht werden. Ein wichtiges Projekt wäre z.B. die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Migranten. Für diese Zielgruppe sind kultursensible Angebote und Dienste, in denen religiöse und kulturelle Unterschiede umfassend berücksichtigt werden, so gut wie nicht vorhanden. Daher ist es jetzt schon notwendig, den Anteil von Pflegekräften mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

- 4. Pflegebedürftige Senioren dürfen nicht benachteiligt werden:** Hier sind kommunalpolitisch soziale Lösungen gefragt. Altersarmut oder andere Hindernisse dürfen bedarfsgerechten Pflegeleistungen nicht im Wege stehen. Vor allem die häusliche Pflege durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste ist erstrangig zu fördern, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können. Auch die Pflege in Heimen muss würdig umgesetzt werden.

- 5. Keine Barrieren für Senioren:** Viele Einrichtungen in Wiesbaden sind weder senioren- noch behindertengerecht. Daher müssen Hindernisse und Zugangsbarrieren beseitigt und sichere Verkehrswege für Fußgänger und Rollstuhlfahrer ermöglicht werden.

8. Vielfalt, Migration & Teilhabe

Wir wollen für unsere Wählerinnen und Wähler eine Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in allen Bereichen umsetzen und ausbauen. Jedwede Benachteiligung werden wir konsequent abbauen und die politische Teilhabe von Migranten in unserer Stadt Wiesbaden fördern und ermöglichen.

Hierzu möchten wir folgende Punkte umsetzen und fordern daher:

1. Die **Interkulturelle Qualifizierung** von Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Insbesondere die Ausländerbehörden können hiervon stark profitieren.
2. Ein **kommunales Wahlrecht für alle**. Wenn bereits EU-Bürger dieses Wahlrecht haben, sollten auch Bürger mit anderen Nationalitäten dieses Wahlrecht erhalten. Ihre Meinung ist nicht weniger Wert als die Meinung anderer Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger.
3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung strategisch umsetzen: Durch einen **Migrantenförderplan** die kulturelle Vielfalt in Führungsebene erhöhen.
4. **Interkulturelle Gründungsberatung** und Netzwerke für Unternehmer. Dies fördert den Außenhandel und eröffnet Möglichkeiten Wiesbaden für internationale klein- und mittelständische Unternehmen attraktiver zu machen.
5. Flüchtlinge durch **freiwillige Paten** in unsere Gesellschaft eingliedern, sowie Flüchtlingskinder und schulpflichtige Jugendliche besser in Bildungs- und Ausbildungsprozesse integrieren.
6. Die **Einbindung von kulturellen Festen** in Wiesbaden.
7. **Erleichterung bei den Fragen** der Familienwiedervereinigung für die Spätaussiedler sowie für Familien mit Migrationshintergrund ohne deutschen Pass.
8. **Erleichterung der Anerkennung der Fahrerlaubnis** für Bürger mit Migrationshintergrund beim Erwerb dieser vor dem Umzug nach Deutschland.
9. **Finanzielle Unterstützung für Sommerjugendcamps** zwecks Erlernen der deutschen Sprache und Kultur für Kinder, die aus Familien mit Migrationshintergrund stammen.
10. Mitteilung wichtiger **Informationen** seitens der Verwaltung **in der Muttersprache** (Russisch, Türkisch, Arabisch usw.) für die Bürger mit Migrationshintergrund in entsprechenden Medien (z.B. Neuerungen in der Pandemiebekämpfung usw.).

9. Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Finanzen

Die Maßnahmen der Corona-Politik haben dazu beigetragen, dass die nächste Pleitewelle vorprogrammiert ist. Viele Bürger fürchten um ihre Existenz, daher ist es von großer Dringlichkeit, präventiv kommunalpolitische Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der Standortwirtschaft in Wiesbaden zu ergreifen.

Daher fordern wir:

- 1. Wiesbaden ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort:** Damit dies so bleibt, ist es wichtig, bestehende Wirtschaftszweige zu pflegen und einige neu anzusiedeln. Dafür brauchen wir ein investorenfreundliches Klima in Wiesbaden. Zudem müssen kleine und mittelständische Unternehmen gezielt gefördert werden, denn letztendlich tragen sie maßgeblich zur Wirtschaftskraft bei und sie schaffen und sichern Arbeitsplätze. Daher fordern wir verstärkt die Förderung von Existenzgründungen sowie die Schaffung eines Gründungs-, Innovations- und Technologiezentrums. Dem Amt für Wirtschaftsförderung fällt hierbei eine wichtige Rolle zu. Denn es muss dieses Projekt begleiten und Gründern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ebenso muss die Entwicklung und der Ausbau des Wirtschaftssektors Tourismus- und Kongresswesen unterstützt werden.
- 2. Zur weiteren Steigerung der Attraktivität der Stadt Wiesbaden für bestehende und neue Unternehmen fordern wir die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes.** Dies würde insbesondere Kleinunternehmer entlasten und fördert die Gründung von Start-Ups. Zudem schafft dies **mehr Arbeitsplätze.**
- 3. Jeder Neuunternehmer muss zuerst gegen die gewaltigen Wellen im Ozean der Bürokratie kämpfen, bevor er sich als Unternehmer in Wiesbaden niederlassen kann.** Das ist nicht nur sehr erschreckend und einschüchternd für neue Unternehmer, sondern kostet die Stadt einen Haufen Geld, das eingespart oder wo anders nützlich investiert werden kann. Wir fordern den **Abbau bürokratischer Hürden** in Wiesbaden, um besonders junge und neue Unternehmer zu motivieren sich in Wiesbaden niederzulassen.
- 4. Die Verschlinkung der Verwaltungsspitzen** und die Zusammenlegung von Dezernaten, Ämtern und Dienststellen, hilft zusätzlich zum Sparen von Steuergeldern, das wo anders nützlich investiert werden kann.
- 5. Wiesbaden sollte als Gastgeber für internationale Konferenzen und Messen** ausgebaut werden, insbesondere im Bereich der Umwelt-, Informations- und Kommunikationstechnologie.
- 6. Die besondere Förderung von innovativen und nachhaltigen Wirtschaftszweigen.**
- 7. Nachhaltige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

10. Digitalisierung, Forschung, Technologie & Innovation

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten das Land der Innovation und Technologie. Seit dem Wiederaufbau, hat Deutschland sich diesbezüglich International mit harter einen Vorsprung ausbauen können. Diesem Vorsprung haben wir unseren Wohlstand zu verdanken. Nicht umsonst war Deutschland mehrere Jahre Exportweltmeister, „Made in Germany“ sei Dank. Diesen Vorsprung gilt es zu schützen und zu fördern.

Deshalb wollen wir folgende Punkte umsetzen und fordern:

- 1.** Die gezielte Förderung von regionaler Forschung und Entwicklung, sei es in Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen.
- 2.** Der federführende Ausbau von Forschungsthemen wie Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Industrie 4.0.
- 3.** Formulierung Grundprinzipien bei der regionalen Förderung, die sich insbesondere auf die Nachhaltigkeit, öffentlichen Verfügbarkeit (Open-Source/-Access), Ethik, Datenschutz und Allgemeinwohl fokussiert
- 4.** Den Ausbau von Synergien zwischen der Wirtschaft und Forschung, sodass die Erkenntnisse auch in der Praxis umgesetzt werden können.
- 5.** Verantwortungsvolle Digitalisierung verantwortungsvoll einsetzen, Datenmonopole verhindern und die Daten der Bürgerinnen und Bürger schützen, insbesondere bei der Vergabe von 5G-Hardwarebeschaffungen.
- 6.** Ausweitung der Digitalisierung der Behörden, um die Bürokratie zu reduzieren und Prozesse effizienter zu gestalten.

Hier einige unserer Slogans für Wiesbaden

- # Schluss mit eurer Hinterzimmer-Politik! Mehr Ehrlichkeit für Wiesbaden!
- # Nennt ihr das euren Klimanotstand – oder lügt ihr uns wieder an?
- # Westend, wir haben euch nicht vergessen. Auch ihr gehört zu Deutschland!
- # Mehr Transparenz in Bauprojekten!
- # Digitalisierung ohne Sicherheit? Besseres und sicheres Netzwerk für Schulen!
- # Demokratie repräsentiert das Volk. Wo werden Bürger mit Vielfalt repräsentiert?
- # Gegen Diskriminierung und Rassismus in Polizei und Verwaltung!
- # Rassismus stoppen! Vielfalt stärken!
- # Kein Mensch darf wegen seiner Hautfarbe oder Religion diskriminiert werden. Für ein buntes Wiesbaden!
- # Mehr Schutz für unsere Moscheen und für andere Kultureinrichtungen!
- # Die falschen Corona-Maßnahmen gefährden die Existenz unserer Unternehmer. Senkt die Gewerbesteuer!
- # Corona-Maßnahmen gefährden unsere Wiesbadener Kultur. Für eine bunte und lebhaftere kulturelle Identität in Wiesbaden!
- # Kostenloser Nahverkehr für Wiesbaden!
- # Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für Alle!
- # Wies-baden statt Müll-baden! Erst durch Corona und jetzt durch das Ostfeld. Wiesbaden rettet eure frische Luft!
- # Unterstützung und Abwrackprämie für E-Bikes für ein gesundes Wiesbaden!